

**Protokoll des fünften Treffens
der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe auf Bundesebene
des Projektes
„Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne“
am 21./22.02.2005**

Ort:	Bonn Bad-Godesberg Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)
Zeit:	21.02.2005, 14.00-19.00 Uhr
Teilnehmer:	siehe Teilnehmerliste im Anhang
Tagesordnung Mo, 21.02.2005:	<p>14.00-14.15 Begrüßung durch den Präsidenten des BBK <i>Herrn Christoph Unger</i> Begrüßung und Einführung <i>Dr. Willi Marzi, Ralph Tiesler, Prof. Dr. Irmtraud Beerlage, Dr. Jutta Helmerichs</i></p> <p>14.15-14.45 Vorstellung des neuen BBK-Zentrums Medizinischer Bevölkerungsschutz <i>Dr. Willi Marzi</i></p> <p>Forschungsförderung im BBK <i>Dr. Bernhard Preuss</i></p> <p>14.45-15.30 Bericht NOAH-Einsatz Seebeben in Südostasien <i>Dr. Jutta Helmerichs</i></p> <p>Diskussion im Plenum Erfahrungen in der Einsatznachsorge nach dem Seebeben in Süd- ostasien aus der Sicht der Mitglieder des PAK Bund</p> <p>15.30-16.00 Pause</p> <p>16.00-18.00 Darstellung des bisherigen Umsetzungsprozesses der Empfehlungen des Netzwerk-Projektes und daraus abgeleitete Prioritätensetzun- gen für die zukünftige Projektarbeit <i>Prof. Dr. Irmtraud Beerlage, Thomas Hering, Liane Nörenberg, Silke Springer</i></p>

HINWEIS:

Das inhaltliche Protokoll bezieht sich nur auf die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse des Netzwerk-Projektes sowie die Erarbeitung des Briefentwurfes an den Vorsitzenden des AK V der IMK und die Innenministerien/Innensenate der Länder

1. Überblick

Das fünfte Treffen der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe auf Bundesebene der Forschungsprojekte „Primäre und sekundäre Prävention“ sowie „Netzwerk psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne“ fand am 21. und 22. Februar 2005 im BBK, Bonn Bad-Godesberg statt.

Am ersten Tag wurde der derzeitige Sachstand des bisherigen Umsetzungsprozesses der Empfehlungen des Netzwerk-Projektes und die daraus abgeleiteten Prioritätensetzungen für die zukünftige Projektarbeit vorgestellt und diskutiert. Weiterhin wurden Teilergebnisse der Nebenerhebung „Merkmale der Arbeit im Feuerwehrdienst und ihre Auswirkungen auf die Mitarbeiter (MAFAM)“ vorgestellt, sie bezogen sich inhaltlich auf den Teilaspekt „Bedeutung kollegialer/kameradschaftlicher sozialer Unterstützung sowie sozialer Unterstützung von Vorgesetzten für Wohlbefinden und Fehlbeanspruchungsfolgen“.

Bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen des Netzwerk-Projektes entstand – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse (PSNV-Einsatz anlässlich des Seebebens in Südasien) – eine rege Diskussion. Die Mitglieder des Arbeitskreises verständigten sich darauf, die Umsetzung der Netzwerk-Empfehlungen insbesondere auf der Ebene der Länder voranzutreiben. Die Vertreter(innen) der einzelnen im Arbeitskreis vertretenen Organisationen verabredeten, mit einem diesbezüglich abgestimmten Schreiben an die Ministerien/Senate des Innern der Länder sowie den Vorsitzenden des AK V der Innenministerkonferenz heranzutreten. Ein entsprechender Entwurf wurde im Verlauf des Arbeitskreis-Treffens erarbeitet und sollte im BBK noch einmal auf Stimmigkeit geprüft werden.

2. Ergebnisvorstellung und Hauptdiskussionspunkte

2.1 Sachstand der bisherigen Umsetzungsprozesse der Empfehlungen des Netzwerk-Projektes und daraus abgeleitete Prioritätensetzungen für die zukünftige Projektarbeit (Frau Prof. Dr. Beerlage)

Im Rahmen der Vorstellung der bisherigen Umsetzungsschritte des Netzwerk-Projekts wurden im Einzelnen Aktivitäten auf der Bund-Länder Ebene, der Ebene des BBK, der Modellländer sowie der Ebene der Fachöffentlichkeit dargestellt. Deutlich wurde dabei, dass die Empfehlungen auf den verschiedenen Ebenen wahrgenommen wurden und in unterschiedlicher Form in der laufenden Diskussion weiterverfolgt werden.

Auf der Ebene Bund/BBK-Länder wurden beispielsweise durch die gemeinsame Arbeitsgruppe AK II/AK V Handlungsempfehlungen für die psychosoziale Notfallversorgung von Opfern und Angehörigen nach Amoklagen in sehr enger Anlehnung an die Netzwerk-Empfehlungen formuliert. Weiterhin gab es an der AKNZ im November 2004 einen Workshop „Koordination in der Großschadenslage“, auf dem die Empfehlungen diskutiert und konkretisiert wurden, sowie erste Gespräche mit dem BBK zur Umsetzung der PSNV-Datenbank in der Datenbank de-NIS®. Im AK V wurden die Empfehlungen bislang zur Kenntnis genommen, eine Empfehlung zur Behandlung in der IMK erfolgte bisher jedoch nicht.

Auf Bitten der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörige (NOAH) im Zentrum Krisenmanagement beim BBK nahm die Projektleiterin die Aufgabe einer "Verbindungsbeamtin für NOAH im Krisenstab des Auswärtigen Amtes" wahr. Diese – zunächst nicht mit dem Projektauftrag und den Zielgruppen der Einsatzkräfte verbundene – Aufgabe bot auch die Ge-

legenheit, den Prozess der Einbindung psychosozialer Fragen und Aufgaben in das Gesamt aller Maßnahmen des Krisenmanagements bei einer Katastrophe dieser Größenordnung aus wissenschaftlicher Perspektive direkt zu verfolgen und Formen gelingender und erschwerter Zusammenarbeit (allerdings nur aus der Distanz einer teilnehmenden Beobachterin) näher zu beobachten. Zugleich ergab sich die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), Herrn Lutz Diwell. Ein inhaltlicher Gegenstand dieses Treffens waren die Empfehlungen des Netzwerk-Projekts, die – insbesondere im Hinblick auf die Einrichtung der Landeszentralstellen PSNV/Landesbeauftragten PSNV mit Interesse aufgenommen wurden.

Auf der Ebene der Modell-Länder zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während die vom Netzwerk-Projekt empfohlenen Führungsfunktionen und die Führungsstruktur in Berlin vom Senat für Inneres als „Leitlinien zukünftiger Planungen“ begrüßt wurden, beschloss das Ministerium des Innern in Sachsen-Anhalt die Ausbildung von sogenannten PSNV-Koordinatoren auf Landkreisebene an der BKS-Heyrothsberge mit einem eigenen integrativen Arbeitsauftrag in Alltag und Großschadenslage. Hier scheint es noch Abstimmungsbedarf hinsichtlich des Spektrums der zukünftigen Koordinations- und Führungsaufgaben dieser potenziell koordinierenden Funktionen zu geben. Von Seiten der Kooperationspartner des Projekts in Sachsen-Anhalt wurde die Bereitschaft signalisiert, Akzentuierungen und Konkretisierungen der zugrundeliegenden Curricula, die sich derzeit noch in einem sehr frühen Planungsstadium befinden, in enger Abstimmung mit dem Forschungsprojekt bzw. dem BBK/AKNZ vorzunehmen.

Die Arbeitskreise der Modellländer wurden aufgrund der auf die polizeiliche Gefahrenabwehr erweiterten Aufgabenstellung um Vertreter der Landeskriminalämter und des Bundesgrenzschutzes/ der Bundespolizei erweitert.

In der Fachöffentlichkeit wurde durch zahlreiche Ergebnispräsentationen eine Basis für die breite Kenntnisnahme und Diskussion der Empfehlungen des Netzwerk-Projekts geschaffen. Von verschiedenen Seiten wurde das Forschungsprojekt zudem gebeten, die Ergebnisse im Rahmen weiterer Tagungen und Kongressen vorzustellen und bei der organisations- bzw. anbieterspezifischen Entwicklung im Hinblick auf eine zukünftige Umsetzung beratend tätig zu werden.

Kritische Anmerkungen zu den Empfehlungen des Netzwerk-Projekts bezogen sich in erster Linie auf die Einrichtung und die Zusammensetzung eines Akkreditierungsausschusses. Zum einen sieht die Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) eine unzureichende Differenzierung und Berücksichtigung des im Akkreditierungsausschuss vorgesehenen psychotraumatologischen Sachverständigen. Einzelne Vertreter aus der Notfallseelsorge befürchteten zum anderen eine Dominanz von Wissenschaftlern und Psychologen/Psychotherapeuten und einer damit langfristig verbundenen Professionalisierung, Kommerzialisierung und heilkundlichen Dominanz. Die Bundespsychotherapeutenkammer formuliert Empfehlungen für die Fortbildung zum Leitenden Notfallpsychologen mit heilkundlichem und führungsorientiertem Verständnis in Abgrenzung zu den Sprachregelungen des Netzwerkprojektes.

Ein zweiter Schwerpunkt in diesem Teil der Sitzung war die Bewertung der Netzwerk-Empfehlungen vor dem Hintergrund des Seebebens in Südasien. Hier hat sich gezeigt, dass es im Bereich PSNV angesichts der Katastrophe einerseits eine relativ gut gelingende Kooperation zwischen den verschiedenen Ebenen und Anbietern sowie eine funktionierende Koordination gab, die auch seitens der Akteure immer wieder hervorgehoben wurde. Professor Beer-

lage hebt hier insbesondere neben den Systemen im Einsatz die wertvolle Unterstützung der Arbeit von NOAH durch die Fachgesellschaften und die Wertschätzung der moderierenden Funktion des BBK beim Übergang in die langfristige Nachsorge seitens der Fachöffentlichkeit hervor, die politisch von den Ländern jedoch nicht uneingeschränkt positiv aufgenommen wurde.

Andererseits traten im Rahmen der psychosozialen Nachsorge der Flutopfer erneut bekannte Probleme auf. Schwierigkeiten waren insbesondere dann zu beobachten, wenn die Koordination der Nachsorge von Bundesstrukturen (NOAH) auf Landesstrukturen übergeleitet werden sollte. Darüber hinaus wurde ein – wie üblich nach großen Ereignissen – Innovationsschub im Bereich der langfristigen Nachsorge konstatiert, der zum einen zentripetale Kräfte und entfalte und Konkurrenzen wieder aufleben ließ und zum anderen vorliegende Teillösungen im Rahmen einer Gesamtstruktur, wie vom Netzwerk-Projekt vorgelegt, vergessen ließ.

Als mögliche Ursache dafür wurden einerseits fehlende dauerhaft arbeitende Landesstrukturen genannt (Landeszentralstellen PSNV/ Landesbeauftragte PSNV), aber auch nicht vorhandene PSNV-Standards, sowie die fehlende bundesweite Erfassung von PSNV-Angeboten usw.. Die Erfahrungen geben den Empfehlungen aktuelle Bestätigungen und lassen erneut den bereits vorher umschriebenen Optimierungsbedarf erkennen.

Im letzten Teil des Vortrages wurde auf die zukünftige Prioritätensetzungen des Projektes vor dem Hintergrund von mehr oder weniger fachlich beeinflussbaren nächsten Schritten im Prozess der Umsetzung eingegangen. Im Einzelnen sind das:

1. Sensibilisieren – Informieren – Beraten
2. Klärung der Schnittstelle zur Polizeistruktur
3. Systematisierung/Klärung von Finanzierungsfragen
4. Beratung bei der Umsetzung der zentralen PSNV-Datenbank
5. Konkretisierung der Führungsstruktur/-funktionen in der GSL
6. Moderation der Erarbeitung von Mindeststandards

Bezogen auf den fünften Punkt innerhalb der Prioritätensetzung des laufenden Projekts wurde dabei nochmals auf die dringend notwendige Vereinheitlichung der Terminologie hingewiesen, die auch eine wesentliche Voraussetzung für die Festlegung von Mindeststandards darstellt. Dazu wurde der Vorschlag des Projektes zu den Sprachregelungen vorgestellt. Von besonderer Bedeutung erscheint es dabei, eine deutliche Unterscheidung zwischen „Psychosozialer Unterstützung (PSU)“, womit im wesentlichen alle konkreten Handlungsstrategien und Interventionsmethoden gemeint sind, und „Psychosozialer Notfallversorgung (PSNV)“ vorzunehmen, welche über die Methoden hinaus auch das Wissen und die Handlungskompetenzen bezüglich der Versorgungsstrukturen einschließt; diese Unterscheidung erscheint vor dem Hintergrund zu qualifizierender und zu besetzender Funktionen relevant. Vorschläge zu Formulierungen und Sprachregelungen in der PSNV wurden durch das Netzwerkprojekt entwickelt. Dennoch wurde von unterschiedlichen Seiten Diskussionsbedarf erkannt, aus der Sicht des Forschungsprojekts erscheint zum einen für die Diskussion der Sprachregelung ein zentraler Ort notwendig. Zum anderen ist nach wie vor die Frage offen, welche Stelle als verantwortlich gesehen wird, einheitliche Sprachregelungen zu veröffentlichen.

Zum Abschluss des Vortrages wurde der Arbeitskreis über die vom Netzwerk-Projekt geplante Workshoptagung „Auf dem Weg zu gemeinsamen Qualitätsstandards“, die am 29./30.09.2005 in Magdeburg stattfinden wird, informiert.

Diskussion

Während der Diskussion im Arbeitskreis wurde zunächst an die Ausführungen zur Kooperation und Koordination der PSNV im Rahmen des Seebebens in Südostasien angeknüpft. Einzelne Mitglieder des Arbeitskreises schilderten in diesem Zusammenhang ihre persönlichen (Einsatz-)Erfahrungen und merkten an, dass die Kooperation und Koordination in vielerlei Hinsicht zwar gut funktionierten, aber dennoch in einigen Bereichen deutliche Schwierigkeiten und Probleme auftraten, die auf strukturellen Regelungsbedarf verweisen. Aus der Sicht der Arbeitskreismitglieder lässt sich aus den Erfahrungen während der Flutkatastrophe erneut die Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen, länderübergreifend strukturierten Koordinierung der PSNV ableiten; die Empfehlungen des Netzwerkprojekts könnten eine Grundlage dafür sein. Eine Evaluation der im Rahmen des Seebebens geleisteten Arbeit wird derzeit durch die beteiligten Organisationen durchgeführt bzw. ist in Vorbereitung.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren die Chancen für eine Fortsetzung der Umsetzung der Netzwerk-Empfehlungen auf politischer Ebene in Bund und Ländern. Eine besondere Rolle und Bedeutung kommt den Ländern zu; der Umgang mit den Empfehlungen des Netzwerkprojekts und im Besonderen die mögliche Umsetzung von Empfehlungen lassen sich nur auf Länderebene diskutieren. Der Arbeitskreis beim BBK könnte über die entsandten Mitglieder eine stärkere Funktion als Motor des Prozesses einnehmen. Vorgeschlagen wurde daher, ein gemeinsames Schreiben des Arbeitskreises an die Länder zu verfassen, in dem nochmals die Notwendigkeit einer Umsetzung der Empfehlungen des Netzwerk-Projekts betont wird. Dieser Vorschlag wurde von den Anwesenden insgesamt positiv aufgenommen; zum Teil wurde jedoch kontrovers diskutiert, was der konkrete Inhalt eines solchen Schreibens sein könnte, ob der Arbeitskreis an sich, das BBK oder ggf. einzelne Organisationen als Absender fungieren sollen, an wen das Schreiben zu richten sei (BMI, Ministerien/Senate des Innern, Ministerien/Senate für Gesundheit und Soziales AK V) und ob überhaupt mit der intendierten Wirkung gerechnet werden könne. Im Ergebnis des folgenden Diskussionsprozesses wurden durch Vertreter des Arbeitskreises gemeinsame Schlüsselformulierungen für ein Schreiben erarbeitet, welches jeweils von den verschiedenen Organisationen, die im Arbeitskreis vertreten sind, an die Ministerien/Senate des Innern der Länder sowie an den Vorsitzenden des AK V übersendet werden sollen und um eigene Akzentsetzungen bereichert werden könnten. Es soll als Impuls dienen, um die Umsetzung der Empfehlungen des Netzwerk-Projekts auf der Ebene der Länder zu forcieren.

2.2 Soziale Unterstützung in der Feuerwehr – Welcher Einfluss kann angenommen werden, welche Unterstützungsquellen haben Bedeutung? Ergebnisse der Nebenerhebung MAFAM

Vergleichbar mit der Untersuchung bei Einsatzkräften im Rettungsdienst (MARAM) wurde im Rahmen des Netzwerkprojekts eine Nebenerhebung bei Einsatzkräften der freiwilligen und Berufsfeuerwehren durchgeführt. Sie zielte darauf ab, anhand eines breiten Spektrums potenzieller Belastungen und Belastungsfolgen Hinweise auf den Bedarf an umfassender psychosozialer Unterstützung in der Feuerwehr abzuleiten. Verglichen mit der Rettungsdienststudie ist einerseits die Stichprobe deutlich größer (N=364), andererseits wurde auch das Spektrum der Variablen erweitert. Während des Arbeitskreistreffens sind Teilergebnisse vorgestellt worden, die die Bedeutung sozialer Ressourcen in der Feuerwehr beleuchteten. Zum einen wurde dargestellt, welche Effekte wahrgenommener sozialer Unterstützung in der Feuerwehr angenommen werden können, wobei sowohl direkte Einflüsse, als auch indirekte „Puffereffekte“ denkbar wären. Zum anderen wurde näher betrachtet, welchen Personen sich Einsatzkräfte

der Feuerwehr bei psychischen Beeinträchtigungen nach extrem belastenden Einsätzen am ehesten anvertrauen würden. Zusammengefasst sind folgende Aspekte deutlich geworden:

- Das Gefühl, von Vorgesetzten unterstützt zu werden, hängt offenbar allgemein mit weniger Burnout in der Feuerwehr zusammen.
- In einem belastenden Arbeitsumfeld, besonders bei arbeitsorganisatorischen Belastungen, scheint die Unterstützung von Kollegen/Kameraden hilfreich zu sein.
- Die Ergebnisse weisen hin auf die gesundheitliche Relevanz unterstützender Arbeitsbedingungen (Rückmeldung, Unterstützung, Wertschätzung, Belohnung...).
- Unterstützung durch Kameraden scheint hilfreich bei Belastungserleben.
- Niedrigschwellige Peer-Angebote könnten dazu beitragen, die günstigen Einflüsse kameradschaftlicher Unterstützung stärker zu nutzen (z.B. auch für weitere Probleme – Sucht, Familienprobleme, finanzielle Probleme...).
- Auch für den Bereich PSNV erscheint der Rückgriff auf Ressourcen von Kollegen/Kameraden sinnvoll.
- Die Antworten von Einsatzkräften der Feuerwehr auf die Frage: „*Mit welchen Personen fällt es Ihnen am leichtesten nach belastenden Einsätzen zu sprechen?*“ ergab folgende Rangfolge (Prozentangaben, Mehrfachnennungen):
 1. Kamerad, der mit im Einsatz war (95%)
 2. Freunde, die auch in der Feuerwehr sind, gleichauf mit „Partnern“ (92%)
 3. Familienangehörige (75%)

Diskussion

Die Ergebnisse der Feuerwehrstudie wurden von den Anwesenden sehr interessiert aufgenommen. Anknüpfungspunkte für die anschließende Diskussion waren neben methodischen Aspekten auch die unterschiedliche Bedeutung wahrgenommener Unterstützung von Kollegen und Vorgesetzten. Die meisten Anwesenden brachten zum Ausdruck, dass sich die vorgestellten Ergebnisse weitgehend mit ihren Beobachtungen decken. Sie werteten die Ergebnisse als einen empirischen Hinweis dafür, dass für Einsatzkräfte die Kollegen/Kameraden im Belastungskontext erste Ansprechpartner sowohl im Einsatzalltag, aber auch nach belastenden Ereignissen zu sein scheinen. Diese Ressourcen im Kameraden- bzw. Kollegenkreis werden bereits in Peer- und Mediatorprogrammen in verschiedenen Einsatzorganisationen genutzt, vor dem Hintergrund der Teil-Ergebnisse hinsichtlich der Bedeutung wahrgenommener sozialer Unterstützung aus unterschiedlichen Quellen sollten diese Programme unterstützt und weiter verbreitet werden.